

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Es liegt zur Zeit keine Wortmeldung mehr vor. Darf ich dann davon ausgehen, daß das Redebedürfnis erschöpft ist?

(Abg. Dr. Pohl (CDU) geht zum Präsidenten.)

- Gut. Aber wir können hier jetzt nicht das Verhandlungsergebnis abwarten.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Dann darf ich feststellen, daß die Beratung dieses Tagesordnungspunktes als abgeschlossen gelten kann. Mir ist soeben von Herrn Dr. Worms mitgeteilt worden, daß sich die Verantwortlichen der drei Fraktionen darauf verständigt haben, daß die Beratung des GFG morgen stattfinden wird.

Dann komme ich zur Abstimmung. Zunächst lasse ich abstimmen über das Haushaltsgesetz, die Mittelfristige Finanzplanung und den Finanzbericht.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieser Vorlagen an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 der Landeshaushaltsordnung im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt.

(B)

Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist dann so beschlossen.

Wir stimmen nun ab über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 10/1253, Stichwort "Gründerwerbsteuer".

Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie den Ausschuß für Kommunalpolitik. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Der Entwurf des Entschuldungsgesetzes der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/1302 soll nach den Empfehlungen des Ältestenrats an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen werden. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 Drucksache 10/1252 morgen erfolgen soll. Ich bitte diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um das Handzeichen. Das ist erkennbar beschlossen.

(C)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Zur Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/1304

Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß die Fraktion der SPD gemäß § 88 Abs. 1 GeschO beantragt hat, über diesen Antrag unmittelbar abzustimmen und von einer Überweisung an einen Ausschuß abzusehen. Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Steinkühler für die Fraktion der SPD das Wort.

Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die SPD-Fraktion heute dem Hohen Hause - wenn auch dünn besetzt - einen Antrag vorlegt, der sich mit der Entwicklung des ländlichen Raumes befaßt, so hat das ausnahmsweise nichts mit dem vierzigsten Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen zu tun, obgleich - das will ich gern zugeben - ein solches Datum geradezu prädestiniert wäre, einen solchen Antrag einzubringen, hat doch der ländliche Raum in einem so stark industrialisierten und so dicht besiedelten Land einen besonders hohen Stellenwert in der Wahrnehmung von Ausgleichs- und Erholungsfunktionen.

(D)

Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich den Beschluß des Europarates, in den Jahren 1987/88 eine Kampagne für den ländlichen Raum durchzuführen. Mit dem vorliegenden Antrag möchte sie deshalb zu einer aktiven Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an dieser europäischen Aktion auffordern. Diese Aufforderung richtet sich aber nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an die Vertreter der politischen Parteien im Landtag, an Städte und Gemeinden und somit auch an alle Bürger.

Nordrhein-Westfalen - ich sagte es schon - ist eine der am dichtesten besiedelten und am stärksten industrialisierten Regionen Europas. Wir kennen die Belastungen, die sich daraus für die ländlich geprägten Räume und für Natur und Umwelt ergeben. Nordrhein-Westfalen sollte deshalb seine Erfahrungen mit Problemen und Lösungsansätzen in die Kampagne einbringen und einen eigenständigen